

## 53. Arbeitstagung des Instituts für Kirchen- und Kulturgeschichte der Deutschen in Ostmittel- und Südosteuropa, vom 7.-10.8.2016

ROBERT PECH

Bereits zum 53. Mal lud das „Institut für Kirchen- und Kulturgeschichte der Deutschen in Ostmittel- und Südosteuropa“ in Kooperation mit dem „Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität“ sowie der „Akademie Mitteleuropa“ zur alljährlichen Arbeitstagung ein, logiert wurde vom 07. bis zum 10. August in der Bildungs- und Begegnungsstätte „Heiligenhof“ in Bad Kissingen. Wenn der geneigte Leser nun stutzt, da ihm das sich mit dem Akronym IKKDOS abkürzende Institut bislang nicht geläufig gewesen ist, obgleich die institutionelle Landschaft in der Bundesrepublik insbesondere für die Wissenschaftsdisziplin Südosteuropa überschaubar erscheint, dann ist dies dem Umstand geschuldet, dass es vor rund einem Jahr einen Wechsel in der Institutsleitung gab. Einhergehend mit dem neuen 1. Vorsitzenden, Prof. Dr. Rainer Bendel (Tübingen/Stuttgart), sollten neue Akzente gesetzt werden, um der 1958 als „Institut für ostdeutsche Kirchen- und Kulturgeschichte“ gegründeten Einrichtung eine „zeitgemäße und zukunftsorientierte Neuausrichtung“ zuteilwerden zu lassen. Mit der Erweiterung des Blickwinkels hinein nach Südosteuropa scheint ein vielversprechender Weg eingeschlagen, eine der zentralen Aufgaben zu bewerkstelligen, die sich IKKDOS für die Zukunft selbst stellt, nämlich die Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit durch länderübergreifende Themen.<sup>1</sup>

Die erste internationale Arbeitstagung unter neuem Namen widmete sich dem Thema „Christen unter totalitärer Herrschaft“ im Zeitraum 1945 bis circa 1960. Rainer Bendel (Tübingen/Stuttgart) rekurrierte in seiner Hinfüh-

---

<sup>1</sup> Vgl. die ausführliche Mitteilung zur Umbenennung und Zielsetzung des Instituts in Markus BAUER, Ostdeutsche Kirchen- und Kulturgeschichte ist gemeinsame Geschichte. Das 1958 gegründete Institut richtet sich neu aus / Prof. Dr. Rainer Bendel nun Vorsitzender. In: Archiv für schlesische Kirchengeschichte 73 (2015), 373-376.

zung zum Tagungsthema zuvörderst auf eine internationale Konferenz aus dem Jahre 1997, auf der der Frage nach der Situation der katholischen Kirche in Polen unter nationalsozialistischer und kommunistischer Diktatur nachgegangen wurde.<sup>2</sup> Einmal sollte nun in diesem Jahr zeitlich präziser sowie geographisch erweiterter und schlussendlich auch mit einer Perspektive auf andere Konfessionen daran angeschlossen werden; zum anderen sollte der Rahmen der Betrachtung in der Trias aus Institution Kirche, Staat/Staatspartei und betreffender Gruppe gezogen werden.

Nach dieser Skizzierung der Tagungsintitulation lag der geographische Akzent zunächst auf den Ländern Ostmitteleuropas, den ersten Themenschwerpunkt bildete demgemäß die Zweite Tschechoslowakische Republik. Den einleitenden Abendvortrag hielt Otfrid Pustejovsky (Waakirchen) über die „Situation der Christen in der ČSSR“. Nach einer knappen stichpunktartigen Darlegung der Kirchen- und Religionsgeschichte, beginnend mit dem heiligen Wenzel, ging der Referent im zweiten Teil seiner Ausführung auf die Situation der Kirche unter den totalitären Regimen der NS-Herrschaft sowie des Kommunismus ein. Dabei wies er den Forschungsstand betreffend zunächst auf einen Mangel an Gesamtdarstellungen der Kirchengeschichte der böhmischen Länder in den Sprachen Westeuropas hin – ganz im Gegensatz zu den zahlreichen Werken auf Tschechisch –, was sich negativ bemerkbar mache bei dem Versuch einer Chronologisierung wie Systematisierung. Gleichwohl distinguierte der Autor im weiteren Verlauf die Entwicklung der Beziehung von Staat und Kirche in vier Abschnitte, determiniert nach dem etappenweisen Vorgehen der KPČ auf verschiedenen Ebenen gegen die Kirche. Die erste Phase von 1945 bis 1949, dem Kriegsende bis zur kommunistischen Kirchengesetzgebung, sei geprägt gewesen von der Vertreibung/Aussiedlung der deutschsprachigen Bevölkerung und der damit einhergehenden Schwächung kirchlicher Institutionen. Den Höhepunkt bildeten dabei zwei Gesetze, nämlich das über die Schaffung eines Staatsamts für Kirchenangelegenheit sowie das über die staatliche Besoldung der Geistlichen, was dem Einzug allen kirchlichen Vermögens eine rechtliche Grundlage verschaffte. Die zweite Phase von 1949 bis 1953/1956 sei geprägt gewesen von stalinistischen Inhalten und Formen der Kirchenverfolgung, was gesetzliche und formelle Bestimmungen im Verbund mit brutaler Gewaltanwendung entsprechend der NKWD-Vorgaben bedeutete. Das Ziel sollte dabei eine zerschlagene, gar

---

<sup>2</sup> Die besagte internationale Konferenz fand vom 28.-31. Juli 1997 in Bad Saarow statt und wurde veranstaltet vom Institut für ostdeutsche Kirchen- und Kulturgeschichte (Regensburg) sowie dem Herder-Institut (Marburg). Der verschriftlichte Ausfluss bleibe nicht unerwähnt: Hans-Jürgen KARP / Joachim KÖHLER (Hg.), *Katholische Kirche unter nationalsozialistischer und kommunistischer Diktatur. Deutschland und Polen 1939-1989*, Köln-Weimar-Wien 2001.

zerstörte Kirche sein: obligatorische Zivilehe, Verbot eigener Matrikelführung, faktisches Verbot der griechisch-katholischen Kirche, Auflösung von Klöstern, Schauprozesse (die sogenannten Monsterprozesse) etc. Die dritte Phase von 1956 bis 1968 habe eine gewisse Lockerung, gar einen zeitweiligen Neuanfang aufgewiesen. Offen wurde vergangenes Unrecht durch Petitionen angezeigt, worauf Rehabilitierungen ganzer Gruppen folgten. Eine „stillschweigende Duldung der Aufbruchsstimmung der katholischen Kirche“ von kommunistischer Seite habe die Jahre um den Prager Frühling bestimmt. Nach der militärischen Niederschlagung des Aufstandes begann, so der Referent weiter, die letzte und längste Phase bis 1990, die der „sowjetischen machtpolitischen Dominanz“. In dieser Zeit der Normalisierung, d.h. der sowjetischen Gesetzesanwendung mit allen ihren repressiven Maßnahmen (Internierungen etc.) führte in eine neuerliche „kirchliche Hoffnungslosigkeit“.

Jaroslav Šebek (Prag) referierte am nächsten Tagungstag über das Thema „Zwei Antlitze der katholischen Kirche nach dem kommunistischen Machtantritt in der Tschechoslowakei“ und fragte dabei zuvörderst nach den Besonderheiten der geistlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der Zweiten Tschechoslowakischen Republik. Zum einen habe es schon früh eine starke Unterstützung für die kommunistische Partei innerhalb der Gesellschaft gegeben, zum anderen wurden bereits seit 1918 die nichtkatholischen Traditionen in den öffentlichen Diskursen gepflegt. Überdies, so der Referent, waren noch die Folgen des Münchner Abkommens von 1938 wirkmächtig, das eine Abkehr breiter Schichten der tschechischen Gesellschaft vom Westen und eine Hinwendung zu den slawischen Ländern und ganz besonders der Sowjetunion als Resultat hatte. Außerdem veränderte die Aussiedlung der Deutschen die konfessionelle Landkarte von Böhmen, Mähren und Schlesien drastisch: Nunmehr befand sich die katholische Kirche in einer Diaspora-Lage, umgeben von einer starken atheistischen Mehrheit. Mit dem Machtantritt des kommunistischen Regimes 1948 wurde die Neugestaltung der Staat-Kirche-Beziehung virulent. Die unterschiedliche Haltung der Bischöfe zwischen Unnachgiebigkeit und Verständigung mündete ab Frühjahr 1949 in eine kirchenfeindliche Strategie des Staatsapparats mit dem Ziel, eine Nationalkirche durch das Instrument der sogenannten kommunistischen katholischen Aktion zu kreieren – hier nicht zu verwechseln mit der Katholischen Aktion unter Papst Pius XI. (1857-1939). Die Warnungen der Bischöfe gegen die Aktion fielen scharf aus, es folgten Internierungen und erste parallele Strukturen im Verborgenen. Und auch eine ab 1951 weiter forcierte Zusammenarbeit des Regimes mit der Priesterschaft scheiterte an der Loyalität letzterer dem Vatikan gegenüber. Das Ziel der Staatsmacht war es gewesen, eine breite Kontrolle über die Kirche zu erlangen – gleichwohl: Das aufblü-

hende religiöse Leben im Zuge der Entstalinisierung ab 1956 offenbarte, dass es dem kommunistischen Regime nicht gelungen war, die katholische Kirche in einen opportunen staatsnahen Teil – eine Nationalkirche – beziehungsweise einen kirchentreuen Part zu spalten. Die Parteiführung reagierte darauf mit einem Strategiewechsel: Nunmehr konzentrierte sie sich auf die Schaffung einer mehrheitlich atheistischen Gesellschaft.

Ivan A. Petranský (Trnava/Tyrnau) wandte sich in seinem Referat „Christians during the totalitarian rule“ dem slowakischen Landesteil und dessen Christen zu. Er betonte dabei mit Blick auf den tschechischen Teil die unterschiedlichen Rollen der Kirchen in den Gesellschaften, die unterschiedlichen historischen Entwicklungen wie die differenten religiösen Strukturen. So seien die repressiven Maßnahmen gegen die Kirche in den Jahren 1944/45-1948 deutlich schärfer ausgefallen als im tschechischen Teil: Konfiskationen, Verstaatlichung der Kirchenschulen, Liquidierung der Kirchenpresse sowie von religiösen Verbänden, Verfolgung und Internierung von Bischöfen. Bis 1953 fanden schließlich die Hauptmaßnahmen gegen die Kirchen statt. So wurden im Jahre 1949 neue Gesetze installiert, die die staatliche Kontrolle über alle religiösen Institutionen einschließlich der offiziell aktiven Bischöfe gewährleistete. Außerdem schuf man Organisationen, die regimetreue Priester binden und unterstützen sollten. Die griechisch-katholische Kirche wiederum wurde gewaltsam mit der orthodoxen verschmolzen und streng vom Staat kontrolliert. Gleichzeitig bildeten sich zu dieser Zeit auch parallele katholische Strukturen im Verborgenen. Nach Josef Stalins Tod 1953 und einer kurzfristigen Entspannung verschärfte sich die antikommunistische Politik des Regimes mit dem Jahre 1957 wieder, gefolgt von einer abermaligen „Linderung“ bis zum Vorabend des Prager Frühlings.

Das zweite Panel der Tagung galt der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik und dem Los der griechisch-katholischen Kirche, der größten religiösen Gemeinschaft in der Westukraine. Im Unterschied zu dem ersten Tagungspanel befand sich die Ukraine auf direktem sowjetischem Territorium, was Auswirkungen haben sollte auf die kirchenpolitischen Maßnahmen, wie die erste Referentin, Katrin Boeckh (Regensburg), vorderhand festhielt. Konkret thematisierte sie in ihrer Darlegung die „drei Tage, die die Ukraine veränderten“, nämlich die „Pseudo-Synode von Lemberg vom 8. bis 10. März 1946 zur ‚Liquidierung‘ der griechisch-katholischen Kirche in Galizien“. Gemäß ihrer Thesen war die Ausschaltung der unierten Kirche ein erfolgreiches kirchenpolitisches Ereignis und zugleich auch ein bedeutendes gesellschaftspolitisches, insgesamt eingebettet als Teilprogramm einer Sowjetisierung der Westukraine. Die Synode sei dabei ein staatlich inszeniertes Unterfangen mit

einer jeweils bewussten Hinzuziehung beziehungsweise einem Ausschluss der Öffentlichkeit gewesen. Dabei war die griechisch-katholische Kirche, so Boeckh, schon länger im Visier der sowjetischen Politik, nämlich seit den frühen 1920er Jahren. Die Gründe dafür lagen einmal darin, dass sich mit dem Papst ihr Oberhaupt im Ausland befand, dass die unierte Kirche in einem engen Kontakt zur ukrainischen Bevölkerung stand und dass über die bewahrten orthodoxen Riten die Gefahr eines Übergreifens auf die russisch-orthodoxe Kirche gesehen wurde. Daher gab es bereits ab 1939 Pläne, die griechisch-katholische Kirche auszuschalten, indem man sie der russisch-orthodoxen unterordnete. Mit der Okkupation der Westukraine 1944 folgte ein sofortiges Vorgehen gegen die Kirchenhierarchie um den amtierenden Metropoliten Andrej Scheptyzkyj (1865-1944) mit dem nunmehrigen Ziel, mit dessen Zutun die Union aufzulösen. Sein Nachfolger, Jossyf Slipyj (1892-1984), lehnte das vollumfänglich ab, was mit seiner unmittelbaren Verhaftung endete. Ein Teil der orthodoxen Geistlichkeit freilich billigte die Auflösung und die Annäherung an die östliche Orthodoxie, was in die Gründung einer sogenannten Initiativgruppe um Havryil Kostelnyk (1886-1948) mündete. Die in der Folge vom NKWD initiierten und infrastrukturell unterstützen Aktionen der Initiativgruppe sollten nach außen den Anschein erwecken, als gingen diese von der kirchlichen Institution selbst aus. Das Herzstück der inneren Liquidierung war die besagte Pseudosynode von Lemberg, die schlussendlich die „freiwillige“ Rückkehr zur Orthodoxie proklamierte. Als Bilanz lässt sich einerseits festhalten, dass sich gemäß offizieller Berichterstattung eine Minderheit von 27 Priestern weigerte, den Übertritt mitzutragen, andererseits war es der Beginn des Aufbaus einer umfassenden Katakombenkirche. Gleichzeitig diente diese Art der Ausschaltung der griechisch-katholischen Kirche in der Ukraine als Blaupause für deren Liquidierung in der Tschechoslowakei 1950.

Oleh Turiy (Lwiw/Lemberg) ging nach dem vorangegangenen Beitrag näher auf die „Motive, Modelle und Methoden“ der „orthodoxen Wiedervereinigungen“ ein. Die Liquidierung der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche durch die Sowjetunion Stalins sei aus dessen Sicht notwendig gewesen, da sie über Jahrhunderte eng verbunden war mit der Ukraine und deren nationalen Kräften. Zudem war die Kirche katholisch im Sinne einer multinationalen Weltkirche mit Sitz in Rom, was immer die Gefahr einer äußeren Einmischung barg. Drittens war die griechisch-katholische Kirche, so der Referent weiter, traditionell eng verbunden mit der Allgemeinheit, da sie ob der fehlenden staatlichen Eigenständigkeit der Ukraine nicht in politische Strukturen integriert gewesen ist. Weitere Motive für die Ausschaltung der Unierten in der Ukraine sah Turiy im atheistischen und somit kirchenfeindli-

chen Charakter der Kommunisten. Hinzu trat der imperialistische Habitus des sowjetischen politischen Systems, der im byzantinisch-orthodoxen Zarenreich wurzelte. Großmachtdenken und Vormachtstatus über verschiedene Regionen seien handlungsleitend gewesen bei den unterschiedlichen Maßnahmen gegen lokale Kräfte. Historische Operationen dienten dabei als Muster für die sowjetische-stalinistische Regierung bei der Liquidation der griechisch-katholischen Kirche: Der Referent nannte hier als Beispiel die Teilungen Polens im 18. Jahrhundert sowie die Jahre 1839 und 1875, als die Union jeweils zielstrebig durch Initiativgruppen und Vereinigungssynoden aufgelöst wurde, was unter anderem eine Neuauflage in der bereits erwähnten Lemberger Pseudosynode erlebte. Das stalinistische Vorgehen gegen die Ukrainische Griechisch-Katholische Kirche sei eingebettet gewesen in weitere systematische Aktionen gegen die Christen: So wurden die Altkatholiken unterstützt, Gründungen katholischer Nationalkirchen wurden forciert, angestrebt wurde zudem eine Überführung aller orthodoxen Kirchen im sowjetischen Machtbereich unter die direkte Kontrolle Moskaus („Zentrum für Weltorthodoxie“). Abschließend ging Turiy auf die Auflösung der Union in der Karpatenukraine ein. Im Unterschied zu Galizien war für diese Region ein längerer Prozess der Wiedervereinigung mit der russisch-orthodoxen Kirche anberaumt, die ersten Aktionen gegen die Griechisch-Katholischen erfolgten demnach durch den kommunistischen „Volksrat der Transkarpatoukraine“, eine Marionettenregierung. Nach der Angliederung der Karpatenukraine an die Sowjetunion gelang es allerdings nicht, eine allumfassende Initiativgruppe zu gründen. Durch Säuberungen und Konfiskationen gelang es dem Staatsapparat erst 1949, die Union aufzulösen. „Die offizielle Liquidierung“, so die These Turiys in enger Anlehnung an das Referat von Katrin Boeckh, „bedeutete nicht die tatsächliche Vernichtung der Kirche und des Glaubens der Menschen.“

Die Meso- und Mikroebene beleuchtete Andriy Mykhaleyko (Eichstätt) in seinem Beitrag „Untergrundalltag: bischöfliche Sukzessionen, Priesterausbildung und Seelsorge am Beispiel der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche“. Zwei besondere Identitätsmerkmale zeichne die griechisch-katholische Kirche aus: Einmal das Selbstverständnis als Ostkirche und damit ihre Zugehörigkeit zum östlichen Christentum der byzantinischen Tradition; zum anderen ist sie aber auch seit der Union von Brest 1596 der katholischen Dogmatik verpflichtet. Trotz anderslautender Beteuerungen von öffentlicher sowjetischer Seite bestand auch nach der Auflösung der Union die griechisch-katholische Kirche als Untergrundkirche weiter, basierend auf dem festen Glauben sowie einem hohen Vertrauen der Gläubigen. Das Fortbestehen der Hierarchie sicherten dabei heimlich vollzogene Bischofsweihen an

zum Teil unkonventionellen Orten. So wurde der Redemptorist Wassyl Welytschkowskij (1903-1973) im Februar 1963 in einem Moskauer Hotelzimmer von Jossyf Slipyj zu seinem Stellvertreter ernannt und zum Bischof geweiht. Um die Seelsorge kontinuierlich zu gewährleisten, mussten Priester ausgewählt und ausgebildet werden. Vor allem aktive Laien und die Söhne der Priester wurden hierfür herangezogen; die Ausbildung übernahmen ehemalige Professoren aus Lemberg sowie erfahrene Priester. Die Formen der Seelsorge hingen von den örtlichen Gegebenheiten und der Art der Überwachung durch die Obrigkeit ab. Es gab keine systematische Organisation der seelsorgerischen Tätigkeit im Untergrund, vielmehr handelten die Priester nach eigener Verantwortung und kontaktierten die Bischöfe nur in seltenen Fällen. „Zur Pfarrei eines Seelsorgers wurden die ganze Ukraine und die Deportationsorte, an denen sich die Gläubigen befanden.“ Die Gottesdienste fanden zumeist in der Nacht in den privaten Wohnungen der Gläubigen oder Priester statt, wobei die Liturgie verlesen wurde. Ausgewichen wurde bei der Seelsorge auch auf römisch-katholische Gottesdienste, seltener durfte die Beichte von griechisch-katholischen Priestern in den römisch-katholischen Gotteshäusern abgenommen werden. Vielfältig zeigte sich das Engagement der Laien, die damit einen erheblichen Anteil hatten an dem Fortbestehen der griechisch-katholischen Kirche bis zu deren Legalisierung.

Der dritte Themenschwerpunkt umfasste die SBZ/DDR. Mit Thomas Arnold (Dresden) eröffnete der seit kurzem neue Direktor der Katholischen Akademie des Bistums Dresden/Meißen das Panel mit dem Thema „Christen zwischen den Fronten. Die Jugendweihe als Ausdruck des Kirche-Staat-Konflikts in der DDR“. Die Jugendweihe sei in der Deutschen Demokratischen Republik keine Pflichtveranstaltung gewesen, vielmehr habe es einen regional unterschiedlichen „freiwilligen Zwang“ gegeben. Auch war sie keine explizite Kreation des SED-Regimes, sondern es gab die Jugendweihen bereits seit dem 19. Jahrhundert, unter anderem waren freireligiöse Gemeinden eine von deren Keimzellen. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg bildeten sich sogenannte proletarische Jugendweihen heraus, wobei dadurch die Heranwachsenden verpflichtet werden sollten, für eine andere Gesellschaft einzutreten. KPD und SPD führten die Jugendweihen über die 1920er Jahre hindurch weiter, dem Zeitraum, in dem die späteren Funktionselemente der DDR der 1950er Jahre sozialisiert wurden, die die sozialistische Jugendweihe etablierten. In der NS-Zeit weitgehend abgeschafft, gab es ab 1948 erste Versuche der SED-Spitze, die mannigfaltigen Weihen zu vereinheitlichen. Nach den Ereignissen des 17. Juni wurde, so der Referent weiter, die Jugendweihe Ende 1953 gezielt gegen die Kirchen installiert, um deren gesellschaftlichen

Einfluss zu brechen. „Um den Zustand, dass Eltern, die keine kirchliche Bindung haben, ihre Kinder in die Vorbereitung zur Konfirmation/Kommunion schicken, zu beenden, wird im Interesse der Verstärkung der staatsbürgerlichen Erziehung mit der Vorbereitung und Durchführung der Jugendweihe begonnen“, so eine Aktennotiz, die allen Sekretären der SED-Bezirks- und Kreisleitung vorgelegt wurde. Nach außen wollte die Partei zunächst nicht in einen direkten Bezug mit der Jugendweihe gebracht werden; die Kirchen reagierten ablehnend und sahen nur eine kurzfristige Auseinandersetzung mit dem Regime voraus. Das sollte sich als Irrtum erweisen, die Sonneberger Rede Walter Ulbrichts (1893-1973) im September 1957 machte die Jugendweihe zum „freiwilligen Zwang“: Nach außen weiterhin der Entscheidung eines jeden überlassen, gab es vielfältige Druckpunkte in Schule, Betrieben und Gesellschaft, dem sich Christen immer weniger entziehen konnten. Andererseits grenzten sich ab diesem Zeitpunkt beide Kirchen mit der Einführung unterschiedlicher Karenzzeiten von den Jugendweiheteilnehmern ab.

Jörg Seiler (Erfurt) trug anschließend den Blick der Staatssicherheit auf Bischof Julius Döpfner (1913-1976) vor. Der im Frühjahr 1957 auf den Berliner Bischofsstuhl geschickte Döpfner traf im Machtbereich der SED nach Jahren der Mäßigung auf eine zunehmend repressive staatliche Kirchenpolitik. Dazu gehörte auch eine ab Ende des Jahres 1957 verstärkte Aktivität des Ministeriums für Staatssicherheit gegenüber den Kirchen. Döpfner eckte als entschiedener Antikommunist „in der Zone“ unmittelbar an und geriet somit auch in das Visier des von Erich Mielke (1907-2000) übernommenen MfS. Überdies durfte Döpfner seit Mai 1958 nicht mehr in die DDR einreisen. Seiler stellte Auszüge aus der AP-Akte von Döpfner vor, die im Zentralarchiv des MfS verwahrt wird, und fragte dabei nach dem abgelegten Wissen der Staatssicherheit über den Bischof. Im Mittelpunkt der allgemeinen Einschätzung der Staatssicherheit stand unter anderem Döpfners Tätigkeit für die Vertriebenenenseelsorge, seine damit einhergehende „revanchistische Tätigkeit“ sowie seine Unterstützung der Adenauer'schen Bonner Politik. Ebenso enthalte die Akte persönliche Einschätzungen von Informanten über Döpfner, die diesen unter anderem als „Befürworter schräger Musik“, der beim Schnaps- und Bierkonsum „keine Grenzen kenne“, zeichneten. Resümierend hielt der Referent fest, dass das „relative Informationsdefizit des MfS“ aus Döpfners Westberliner Wohnort resultierte. Hier wirkte sich die Einreisesperre für die Informationsgewinnung des Staatssicherheitsorgans negativ aus, so sei „in der strategischen Beurteilung Döpfners“ keine Entwicklung erkennbar. Für den innerkirchlichen Bereich, so Seiler, könne man aus der AP-Akte Erschöpfungserscheinungen des Klerus herauslesen, was weitere sozialgeschichtliche Untersuchungen notwendig mache.

Josef Pilvousek (Erfurt) richtete die Aufmerksamkeit der Zuhörer auf die Christentums-Feindlichkeit und die Christenverfolgung mit seinem Referat über das „Leben der Christen in der DDR und ihren kirchlichen Möglichkeiten“. Ob die katholische Kirche retrospektiv den richtigen Weg im Umgang mit dem SED-Staat beschritten habe, könne aus den Quellen nicht monokausal beantwortet werden: „Der Weg der Kirche [war] eine Gratwanderung zwischen Anpassung und Verweigerung.“ Zwei Aspekte kirchlich-christlichen Handelns dem Staat gegenüber hob der Referent hervor: Erstens die Benachteiligungs- und Repressionsmechanismen des Regimes, die bis heute vielfach von den Zeitzeugen betont werden. Freilich waren die benachteiligenden Maßnahmen des Staates gegenüber den Christen weder zeitlich konstant noch auf jeden Christen gleichermaßen zutreffend. Die DDR habe bekanntlich den weltanschaulichen Kampf gegen die Kirchen nicht selten dem Ringen um außenpolitische Anerkennung untergeordnet. Vermied sie daher eine offene Auseinandersetzung mit den Kirchen und ihren Amtsträgern, verfuhr sie gleichwohl, so der Referent, nach dem Motto „Die Kirchen schonen, die Schafe zerstreuen und unterdrücken“, womit ostdeutsche Christen auf das Äußerste beschränkt blieben. Zweitens warf Pilvousek die Frage nach einem etwaigen Widerstand im Hinblick auf die katholische Kirche in der DDR auf. Für einzelne Mitglieder der katholischen Kirche in der DDR könne man oppositionelles wie widerständiges Verhalten feststellen, wobei die Motivation im „Christ sein“ zu finden war; für die gesamte Kirchenleitung schlug er den passenderen Begriff der Resistenz vor, der die „Abwehr, Begrenzung, Eindämmung des umfassenden Anspruchs des Regimes beziehungsweise eine in der Kirchengemeinschaft wurzelnde Widerstandsfähigkeit“ bedeuten soll. Allgemein galt „Konfliktvermeidung bei gleichzeitigem nonkonformen Verhalten“ als kleinster gemeinsamer Nenner der katholischen Kirche im Umgang mit dem SED-Staat. Der Referent betonte abschließend, dass eine detaillierte wissenschaftliche Untersuchung über die Christenfeindlichkeit in der DDR noch ausstehe, was auch die Frage nach der Qualität der Christenverfolgung umfasse.

Der dritte Tagungstag wartete mit einer Exkursion nach Bamberg auf. Am Nachmittag stand hier eine von Marco Bogade (Bamberg) kenntnisreich geleitete Führung durch Altstadt und Dom auf dem Programm. Zuvor suchten die Teilnehmer die am Rande der Altstadt gelegenen Räumlichkeiten der Ackermann-Gemeinde Bamberg auf, wo neben einer rührigen Versorgung mit Kaffee und Backwerk auch zwei Referate vorgetragen wurden. Den Anfang bildete Franz Kubin (Bamberg), der über das Thema „Verfolgte Kirche in Böhmen. Die Aktivitäten der Ackermann-Gemeinde Bamberg bis zur

Wende“ sprach. Seit 1946 befanden sich in Bamberg Einzelmitglieder der Ackermann-Gemeinde, die, im Sinne Paulus Sladeks (1908-2002) und Hans Schütz' (1901-1982), sich um die Heimatvertriebenen kümmerten, also um Schlesier- und Sudetendeutsche. Die Amtskirche habe den „Eigenwert“ der Neukatholiken nämlich nicht erkannt, ja „die Frömmigkeitsformen der ‚Ostleute‘ wurden eher belächelt, ihre Lebenserfahrung wurde nicht genutzt“. Die Ortsgruppe Bamberg der Ackermann-Gemeinde entstand im Jahre 1948 um den ehemaligen Generalvikar von Leitmeritz, Franz Wagner (1888-1969), um Franz Xaver Böhm (1909-2000) und Emil Krämling. Obgleich nicht mit den Mitgliederzahlen der Sudetendeutschen Landsmannschaft mithalten könnend, entfaltete die Gemeinde eine rege Tätigkeit. Besonders die Flüchtlingsgottesdienste, die Heimatabende und die Sozialberatung hätten die Bindekraft gestärkt. Gegenwind bekamen die „Ackermänner“ ausgerechnet von Seiten der Landsmannschaft, die diese abschätzig als „Verzichtler“ und „Verräter der Volksgruppe“ titulierte. Ungeachtet dessen leistete die Gemeinde gerade in den Anfangsjahren, so der Referent, über den Austausch von Leidenerfahrungen wertvolle psychologische Hilfe für die Heimatvertriebenen, wodurch „verhärtete Fronten aufgerissen [wurden], der Blick auf das Ganze gelenkt und Geschehenes erklärt“ wurde. Doch darin erschöpfte sich die Arbeit nicht: Politische Abende informierten über die Vorgänge in der früheren Heimat und halfen, Empathie und Parität vor der europäischen Folie zu entwickeln und kommunizieren, gleichzeitig aber Gefühle der Kollektivanschuldigung und Rache zu minimieren.

Priester Ionut Paun (Bamberg) berichtete anschließend über die rumänisch-orthodoxe Kirche in Rumänien wie in der Diaspora in Bamberg. Seine Bamberger Gemeinde besteht seit drei Jahren und umfasst rund 200 Familien in ganz Franken. Die Liturgie halte man als Gast in der Kirche der griechisch-katholischen Gemeinde ab. Finanziell lebe man von Spenden, weder der rumänische Staat noch die Kirche leisteten pekuniäre Unterstützung. Er berichtete weiters über die Probleme, die sich aus der rumänischen Emigration unter anderem aus den südlichen Ländern der EU speisten, insbesondere für die Familien mit Kindern.<sup>3</sup> Die Gemeinde habe mit einem Mix aus Sprach- und Religionsschule reagiert, um die Heranwachsenden in orthodoxer Religion und Rumänisch zu unterrichten. Paun gab in der Folge anhand einiger Beispiele einen Einblick in die schwierigen Jahre der rumänisch-orthodoxen Kirche während der Zeit des Kommunismus. Seit der Wende erfährt die Ausbildung von Theologen einen anhaltenden Boom, was sich in

---

<sup>3</sup> Eine kenntnisreiche Analyse zu dieser Thematik bietet Lucian BRUJAN, Rumänien zwischen Zuhause und Diaspora – Migration und ihre Auswirkungen. In: Südosteuropa Mitteilungen 55/1 (2015), 32-47.

den letzten Jahren aufgrund weniger Neubesetzungen von Stellen nicht immer als Vorteil erwiesen habe.

Die Republik Polen – ab 1952 Volksrepublik – bildete den letzten Schwerpunkt der Arbeitstagung. Bernard Linek (Opole/Oppeln) – der leider nicht anwesend sein konnte – ließ sein Referat mit dem Thema „Der Konflikt zwischen der katholischen Kirche und dem kommunistischen Staat in Oberschlesien in den Jahren 1945-1960“ durch Grzegorz Bębnik verlesen. In einer ersten Periode in den Jahren 1945/46 habe es eine gewisse Zusammenarbeit zwischen den Kommunisten und der polnischen katholischen Kirche gegeben, so zum Beispiel bei der Rückgabe des konfiszierten kirchlichen Vermögens. Deutschsprachige Messen wurden hingegen mit dem Verweis auf die NS-Kollaboration der Priester verboten, die Priesterschaft sowie die Liturgie und die religiösen Bräuche unterlagen alsbald einer Polonisierung. Mit dem Jahreswechsel 1946/47 und der Machtübernahme durch die Kommunisten erfolgte die Auseinandersetzung des Staates mit der Kirche in mehreren Etappen. Die Intention des kommunistischen Regimes war dabei, die katholische Kirche in Oberschlesien „von innen zu zerstören und von außen zu beherrschen“. Behinderung bis zum Verbot kirchlicher Tätigkeiten – Verbannung des Religionsunterrichtes sowie der Kruzifixe aus den Klassenräumen der staatlichen Schulen, Schauprozesse etc. – und die Anwerbung von Informanten unter den Geistlichen galten als Mittel der Wahl. Im Rahmen des kommunistischen Veteranenverbandes wurden 1949 die sogenannten Patriotenpriester aufgestellt, die sich willfährig „in der Rolle eines Transmissionsriemens des kommunistischen Staates arrangierten“. Die folgenden Wahlen von 1952 und 1954, aber auch die Kollektivierung unterstützten sie tatkräftig. Selbst das „schlesische Tauwetter“ im Zuge einer allgemeinen Entspannung um das Jahr 1956 sei nicht von langer Dauer gewesen: „Die Beziehungen zwischen dem Staat und der Kirche blieben auch in den nächsten Jahren angespannt [...], wenn auch der Kampf gegen die Kirche nicht mehr so drastische Formen aufwies“, so Lineks Resümee.

Andrzej Kopiczko (Olsztyn/Allenstein) trug dem Auditorium das Thema „Die Situation der Ukrainer in Ermland und Masuren nach ihrer Umsiedlung in dieses Gebiet im Jahre 1947“ vor. Unter dem Decknamen „Weichsel“ fand in der ersten Hälfte des genannten Jahres die Umsiedlung der ukrainischen Bevölkerung aus dem südostpolnischen Raum nach Masuren und Ermland statt, insgesamt betraf das über 55.000 Menschen. Die Motivation für diese planmäßig angelegte staatliche Zwangsmaßnahme lag in der seit dem Ersten Weltkrieg praktizierten Vorstellung eines ethnisch homogenen Nationalstaates als Basis für politische Ordnung. Und gerade in Wolhynien und Ostgalizien

hatte es im Zweiten Weltkrieg ethnische Konflikte zwischen Polen und Ukrainern gegeben – zu nennen ist hier das Massaker von Wolhynien 1943/44 –, die nun zwar, wie der Referent betonte, nicht in einem alleinigen Kausalzusammenhang mit der Aktion „Weichsel“ standen, aber einen erheblichen Anteil daran besaßen. Die Umsiedlung selbst verlief nach festgelegten Regeln, so sollte die Zahl der Umgesiedelten höchstens zehn Prozent der Bevölkerung eines Dorfes entsprechen, was sich in der Praxis nicht durchführen ließ. Überdies fand eine Seelsorge der Griechisch-Katholischen nur im Rahmen des römisch-katholischen Ritus statt, die soziale Isolation in der neuen Heimat sorgte für weitere Probleme. Erst mit dem Jahr 1952 erlaubten es die staatlichen Behörden, Andachten und Messen nach griechisch-katholischem Ritus abzuhalten. Bis 1956 und dem einsetzenden „Oktobertauwetter“ habe man sich schließlich von der römisch-katholischen Kirche wieder soweit abheben können, dass die Phase der „pragmatischen Akkommodation“ überwunden werden konnte.

Den Abschluss der Tagung bildete Grzegorz Bębnik (Katowice/Kattowitz) mit seiner Abfassung zum Thema „Evangelische Kirchen in Volks(Polen), unter besonderer Berücksichtigung von Oberschlesien“. Unter dem Begriff Evangelisch versammelte man in der Zweiten Republik vor allem die Evangelisch-Augsburgische Kirche in Polen, die marginale evangelisch-reformierte Kirche sowie die evangelisch-methodistische. In Oberschlesien stellte sich die protestantische Situation so dar, dass es im Teschener Schlesien eine große geschlossene Insel an Evangelisch-Lutherischen gab (und gibt), die die Warschauer Synode als Oberhaupt anerkannten. Im ehemaligen preußischen Teil, rund um Kattowitz, gab es hingegen die Evangelisch-Unierte Kirche in Polnisch Oberschlesien. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die evangelischen Gläubigen Oberschlesiens seitens der kommunistischen Staatsgewalt als „deutsch“ identifiziert und zur Räumung ihrer Wohnorte gezwungen, was ihre Zahl stark dezimierte und die evangelische Kirche in Polen zu einer Diasporakirche werden ließ. An einer Vielfalt der lutherischen Kirchen sei man von staatlicher Seite nicht interessiert gewesen, so der Referent, weshalb am 04. Juli 1947 die Gläubigen aller evangelischen Kirchen in die Obhut der evangelisch-augsburgischen Kirche in Warschau übergeben wurden. Die historischen Diözesen – in Teschen und Kattowitz – wurden neu aufgeteilt, es fanden die ersten Wahlen der Senioren (Bischöfe) im April 1950 statt. Einzig im Teschener Schlesien habe man den Protestantismus als „den polnischen Glauben“ angesehen, dort galt der Katholizismus als „deutsch“. Andernorts wiederum wurde gerade der unierte Protestantismus als „Stütze des Deutschtums“ gebrandmarkt, was die Situation der insgesamt wenigen Gläubigen erschwerte. Für das kommunistische Regime hingegen

war die evangelisch-augsburgische Kirche von strategischer Bedeutung: Bei der Re-Polonisierung in Masuren und Schlesien sollte sie aktiv Unterstützung leisten. Die Kirchenpolitik des kommunistischen Staates war in ihren „operativen Maßnahmen“, so der Referent weiter, vor allem gegen die bei weitem größere katholische Kirche gerichtet. Die Sicherheitsdienste habe es gleichwohl beunruhigt, dass die evangelische Kirche über gute Kontakte in den Westen – vor allem in die Bundesrepublik – verfügte und von dort materielle Unterstützung erfuhr. Hochrangige Würdenträger wurden daher für eine Zusammenarbeit angeworben, unter ihnen auch der Senior der Kattowitzer Diözese, Alfred Hauptman (1909-1985). Die Kooperation der evangelischen Pastoren mit dem kommunistischen Staat hatte ihre Gründe, so der Referent resümierend, zum einen im Minderheitscharakter der Kirche, die sich selbst als schwach empfand, zum anderen in der „Eigenart der protestantischen Lehre selbst“, d.h. den Staat als Stütze der Religion anzusehen.

Zusammenfassend konnte von Seiten der Organisatoren eine Vielzahl von Impulsen und neuen Fragen resümiert werden, was die Hoffnung auf ein baldiges Erscheinen der Beiträge im Druck noch verstärkt. Eine fundierte Grundlage für eine vergleichende Betrachtung der Christen unter totalitärer Herrschaft während der Phase des Aufbaus und der Konsolidierung des Kommunismus in den Ländern Ostmitteleuropas wurde geschaffen und soll im nächsten Jahr eine Erweiterung auf die Länder Südosteuropas erfahren. Der dann 54. Arbeitstagung darf man bereits jetzt gespannt entgegensehen.